

Keine Gemeinschaftssammlung darf nachgetragen, die ich nicht für die Fortsetzung der Amnestie einsetzt.
Jede Betriebsversammlung muss das Verlangen nach einer Volksversammlung an die Spitze ihrer Forderungen stellen!

In den Konzernvereinigungskundgebungen, in den Versammlungen der Arbeiterschaft und Kulturrechte, kurzum: in allen Arbeiterschaftsorganisationen muss der Ruf nach der Volksversammlung zur wichtigsten proletarischen Kampfleistung werden!

In den Gemeindeparlamenten und Anträgen für die Fortsetzung der proletarischen Gefangenengen in Hessen, die es die Regierung weiter zu leisten sind!

Wollen die Sozialdemokraten ihrem Worten Tat folgen lassen, so sollen sie gemeinsam mit den Kommunisten und der "Rote-Hilfe"-Organisation die Arbeiterschaft in allen Teilen Deutschlands in wichtigen Betriebsversammlungen und Demonstrationen für die Freilassung der politischen Gefangenen aufstellen!

Über nicht nur das, die sozialdemokratischen Arbeiterschaften mit den parteilichen und kommunistischen Arbeitern aus den Betrieben, Gewerkschaften und aus den Gemeindeparlamenten Delegationen an die Landes- und Reichstagsversammlungen schicken, mit der Fortsetzung nach Vermögensaufteilung der Volksversammlung!

Nur durch die Massenmobilisierung der Arbeiterschaft kann der bedächtige Amnestiebetrag verhindert werden. Deshalb liegt nicht jeder im Kampf um die Generalamnestie!

Arbeiter! Nicht loslassen! Duldet keine Sabotage der Amnestie!

Die deutsche Arbeiterschaft ist noch nicht genug bewogen worden. Die Regierungsummer und ihre Freunde, die meinten, dass es sich herauszulegen bereits alles seien können, bereiten einen neuen Anschlag mittan im hessischen Gebiet jedes Hessenbewegungen freilassen soll. In wenigen Tagen soll die Amnestiefrage fertig sein, man weiß noch nicht viel von ihr, aber frontal als bereits gegeben, doch es ist eine trügerische Hindenburg-Amnestie noch schwieriger vor bis ins kleinste!

Zugende seiner Klassengenossen weiß das Proletariat in Deutschland, aber noch hat es nicht die richtigen Mittel ergreifen, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Nach laufen Wahlen und Kurzverhandlungen in den Arbeiterschaften, noch glauben viele, noch unzählige bitterste Erfahrungen, nicht an die Möglichkeit, dass die Regierung auch in dieser Frage das sozialistische Spiel treiben wird. Die Zeit ist kurz, und wenn die ganze Bewegung nicht wertlos verpuffen soll, so muss der Kampf um die Amnestie in höchster Form geführt werden.

Es droht zu begreifen, der Kampf um die Amnestie ist nicht irgend etwas Fernliegendes, sondern er ist verbunden mit den alten Kämpfen des Proletariats. Wenn die Berg, die Bau, die Metallarbeiter, wenn alle Schaffenden heute um ein paar Pfennige mehr Lohn gegen sie immer feindlichen Ausbeuterangriffe zusammenstoßen, wenn sie sich gegen die meiste Reaktionsschicht, gegen Hunger und Arbeitslosigkeit wenden, wenn sie gegen Teuerung und Zollausplündierung kämpfen müssen, dann müssen sie damit auch die Rettige und mit allen Mitteln setzende Fortsetzung nach Amnestie durchsetzen. Alle die Dienstleute, die im Kerker auf uns warten, sind der Klassenjustiz zum Opfer gefallen, weil sie sich für das Proletariat eingesetzt haben. Und wie jeder Arbeiter sehen muss, was jeder Streik um mehr Lohn und Freiheit gegen die weitere Unterdrückung, die gegen die Grundlagen dieser Republik, gegen die Kolonialausplündung Deutschlands rüttelt, so muss ihm auch klar werden, dass diejenigen, die als Gegner des Todesfeinds dieses Ausbeuterstaates ins Gefängnis gehen müssten, auch keine Interessen in allen Fragen des täglichen Lebens, in allen seinen Nötzen und Bedürfnissen vertraten haben.

Und jeder Arbeiter hat schließlich schon die Erfahrung, dass jeden Tag, bei irgendinem Streit, bei der Erfüllung seiner sozialdemokratischen sozialistischen Pflicht der Sozialstaat, mit dem Geiste des „Ruhe- und Ordnungs“-Gedankens in Konflikt kommt. Schließlich wird auch jeder sozialdemokratische Arbeiter, was in Stuttgart, in Durlach, in Karlsruhe oder anderen Städten passiert ist, wenn auf sozialistische Angriffe die Polizei mit ihrer Faust mehrere tausend, hunderte von Jahren an Gefangenentränen wegen Bandenkundschuts und ähnlichem und auch über „zuhörige“ bestimmt“, sozialdemokratische Arbeiter verhängt werden. Die Empörung über diese Standarte kostet ebenfalls, aber es handelt sich darum, etwas zu tun.

Denn auch alle diese Fälle sollen nicht unter die Amnestie fallen, einzige und allein den Hitlerjünglingen, den Mädeln republikanischer Führer, soll die Amnestie Hindenburgs leuchten!

Braucht es noch mehr Gedanke, um zu zeigen, dass die Kluft einer solchen Schandamnestie die Seele jedes Arbeiters ist?

Durch geduldiges Warten, durch Hoffen auf den guten Willen der Hindenburgianer wird kein einziger Arbeiter freikommen. Was es heißt, auf der Seite der Republikaner auszuholen, zeigen die Verhandlungen des Reichstags über die Aufhebung der beratlichen Vollgerichtsherrschaft. Bei einem der Berater der Regierung erklärte die Befreiung der bürgerlichen Weichen vertreten. In der Amnestiefrage auf Hindenburg und der Reichsregierung irgendwelche Erwartungen zu haben, bedeutet ebensoviel, als wenn der ADGB vor Herrn Luther auf dem Balkon ruft und den Produktiven der deutschen Schwarzindustrie um hilfsbedürftigen Beistand gegen die Ausbeuter arbeitet.

Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiterschaft selbst sein — diese Rolle eindeutigsten Worte des Kommunistischen Manifests gilt es doch auf heute, gerade heute, zu bezeugen. Und darum sind es keine leeren Thesen, dürfen es keine langwierigen Wiederholungen sein, wenn wir der ganzen Arbeiterschaft Deutschland jurten: jetzt gilt es, alles in Bewegung zu setzen, alle Mittel einzunehmen, um den neuen Streik gegen die 7000 und mit ihnen gegen das gesamte deutsche Proletariat zu brechen. Wer in diesen Tagen nicht alles daran legt, keinen Kollegen im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf der Straße oder der ungeheuren Wichtigkeit des Kampfes um die Amnestie zu überzeugen, der trägt Schuld daran, wenn seine Klassengenossen weiter im Kerker zugrunde gehen!

Die RPD setzt die Wiederaufnahmeverfahren gegen die bairischen Sondergerichte durch

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung des preußischen Landtages brachte die kommunistische Fraktion bei der Beratung des Gesetzes für die Justizverteilung einen Antrag ein, in dem das Staatsministerium ermahnt wird, den preußischen Stimmenvorstand im Reichstag zu beschreiten, dafür zu sorgen, dass mindestens alle preußischen Vertreter gegen die Begründung und für die Aufhebung des Entwurfs stimmen. Der ehemalige Staatssekretär Weigmann als Stimmenvorstand gegen das Gesetz über das Wiederaufnahmeverfahren von Urteilen der bairischen Volksgerichte erhoben hatte. Gen. Pisch betonte, dass es zu

der Sitzung des Roten Weigmann geladen habe, sich bisher ein Wiederaufnahmeverfahren der Sozialräte vor dem bairischen Volksgericht nicht möglich war. Der Antrag wurde angenommen.

Ein zehntes Opfer des Blutbades von Halle

Halle, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Das Blutbad von Halle am 15. März hat jetzt ein zehntes Opfer gefordert. Der parteilose Arbeitnehmer Frieden, der mit der bairischen Stimmengabe Halle zum Demokratischen Wahlkreis war, ist im Diafonialheim letzten Samstag verstorben.

Die Mächer laufen immer noch frei herum!

Das Braun-Rabbinett für „mäßige“ Zölle

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Das preußische Ministerium hat beschlossen, die preußischen Ministerstimmen im Reichstag dahin abzugeben, dass die Mindestzölle für Getreide abgelehnt werden. Die preußische Regierung soll beantragen, dass durch Verordnung anstelle der geplanten autonomen Zollidöse von 7 Mark für Roggen und 10 Mark für Weizen Zölle von 3 Mark für Roggen und 5 Mark für Weizen festgelegt werden sollen. Das preußische Kabinett mit seiner sozialdemokratischen Spalte lehnt also gleich dem Reichswirtschaftsrat die Agrarpolitik seineswegs grundsätzlich ab. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun eröffnet den angeholt von den Sozialdemokraten gegen die Rentzöle geführten Kampf mit einem faulen Kompromiss.

Der Bauarbeiterstreit in Hessen

Mannheim, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Bauarbeiter von Mannheim, Heidelberg und Wiesloch in den Streit getreten. Damit ist der Streit im badischen Gewerbe vollständig.

Berischärfung des Hafenarbeiterstreits im Ruhrgebiet

Duisburg, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Hafenarbeiter haben den Schiedspruch für Beibehaltung des Konflikts in Duisburg-Friedrichsort angenommen, die Unternehmer bedingen abgleicht. Daraufhin haben die Hafenarbeiter beschlossen, den Streit gewaltig fortzuführen.

Streit der Gemeindearbeiter in Hessen

Kassel, 18. Juni. (EPA) Der Streit der hessischen Gemeindearbeiter hat über Kassel hinaus auch auf andere größere Orte des hessischen Gewerbeverbands übergriffen. So sind in Gießen und Fulda die Gemeindearbeiter bereits in den Ausstand getreten, während in Bad Nauheim, Friedberg und Eschwege der Streit am Donnerstag beginnen soll. Es besteht befürchtungen, dass sich der Streit über ganz Hessen-Kassel aus einen Teil Oberhessens ausbreiten wird. In Kassel leidet in die Lage unerträglich. Die Straßenbahn hat den Betrieb nach einigen einsätzen müssen. Den Zeitungen ist die Situationsbeschreibung erlaubt worden, in die morgen nur die Zeitungen mit eigener Erfahrung erscheinen können.

Der revolutionäre Umsturz in China

Szondor, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Untersuchungsausschuss der Kanton-Regierung hat gestern beschlossen, den Befehlsmannschaften vom Kanton abzuziehen und die Regierung der Stadt einem militärischen Ausschuss von 7 Mitgliedern der Revolutionären Komitees-Polizei zu übertragen. Alle Spielhäuser und Opiumhöhlen sind geschlossen. Die meisten Geschäfte wurden abgeschafft. Es ist verboten worden, von der Armee Beschlafung Steuern oder Requisitionen einzuziehen, da man in Kanton die Abfahrt hat, ausdrücklich durch Besetzung der reicheren Bevölkerung zu fordern. Ausnahmen die notwendigen Mittel zur Sicherung der Vermögensfestnahmen aufzugeben.



Abbruch der Beziehungen zu Großbritannien gefordert

Shanghai, 17. Juni. (Reuter.) Der Pekinger Botschaftssekretär der halbamtlichen Telegraphenagentur meldet, dass 30 Botschafter der führenden chinesischen Organisationen dem Reichsminister folgende Forderungen unterbreitet haben: 1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien. 2. Entsendung chinesischer Truppen nach allen Handelshäfen zum Schutz der chinesischen Einwohner. 3. Kriegserklärung an Großbritannien. Der Minister erwiderte, die beste Politik würde leise, wenn man sich auf englische patriotische Beleidigung befreiste und schwieg, bis die Ausländer zur Befinnung kämen; aber,

Maßnahmen gegen China

Peking, 17. Juni. (Teleunion.) Wie aus Peking berichtet wird, ist das diplomatische Korps heute früh zusammengetreten, um über die Aufführung einer, an die chinesische Regierung zu richtende Note zu beraten. Die Note wird eine Rüte bei Lieuten und Zwischenfälle in den einzelnen Städten enthalten und die chinesische Regierung auf ihre erste Verantwortung für den Schutz von Leben und Eigentum hinweisen. — Im Unterhaus wurde heute die Lage in China, insbesondere die Errichtung des englischen Unterhaupts Macmillan zum Gegenstand einer Frage gemacht. Von der Regierung wurden beruhigende Erklärungen abgegeben. Der englische Gesandtschaftsträger in Peking ist angekündigt worden, sofort Bericht zu erstatten, falls er weitere Sondermaßnahmen für wünschenswert hält.

Kollektivsritt der Mächte in Peking

Berlin, 18. Juni. (Teleunion.) Die sozialistische Zeitung meldet aus Neunkirchen: Der italienische Gesandte als Botschafter des Pekinger diplomatischen Korps überreichte dem chinesischen Außenamt eine Note, die vor Bekämpfung der gegen die chinesischen Gesellschaften gerichteten Propaganda warnt und die Hoffnung ausdrückt, dass die Beziehungen zwischen der chinesischen Regierung und den fremden Diplomaten nicht durch Konspektive irgendwelche Art gestört werden.

Der Maroffsfeldzug

Die Maroffsförderer reihen vor den Kommunisten auf. Radau in der französischen Kammer.

Paris, 17. Juni. (Teleunion.) Die vier Kommunisten für auswärtige Angelegenheiten, ein 150 Mitglieder starken Zusammenschluss in der Kammer mit Anhörung Voimedes, fordert über Maroffsfeld zu kommen. Zu Beginn der Sitzung nahm der Ministerpräsident den Antrittsrede des Vertreters ab, die keine Mitteilungen französisches Stillschweigen zu bewahren. Die angefeindeten Kommunisten forderten jedoch die Aufforderung des Vertreters der Kommunisten, die Sitzung in einem Tempel des Konsulats zu erhalten. Die Abgeordneten, die daraufhin nach dem bezeichneten Ort wurden jedoch von den Kommunisten verfolgt, die verloren, mit Gewalt in den Saal einzudringen. Frontline Bourges, der Präsident der Kommision für auswärtige Angelegenheiten und der Präsident der Kommission für sozialen Frieden leisteten Widerstand. Dabei kam es zu einem schweren Handgemenge, wobei die Kommunisten die Herren mit Fäusten und Faustschlägen bearbeiteten. Durch Einsatz der republikanischen Garde wurden die Kommunisten zum Rückzug gezwungen.

Spanisch-französische Maroffsförderer.

Madrid, 17. Juni. (Teleunion.) Um 3 Uhr nachmittags findet im Palast des Generalstaatssekretärs die Gründung der spanisch-französischen Maroffsförderer unter dem Vorstoß des Generals Jardine statt. Da einige französische Sozialverbände erst morgen eintreffen, werden die eigentlichen Arbeitern erst in einigen Tagen beginnen.

Generaloffensive der Franzosen.

Paris, 17. Juni. (Teleunion.) Der Sonderberichterstatter des "Intendanten" in Rabat glaubt zu wissen, dass eine französische Generaloffensive in 10 Tagen erfolgen wird. Die Öffentliche ist die endgültige Eroberung bringen.

Revolutionäre Propaganda bei den Belagerungstruppen.

Im Rahmen und Schilfgräben der Belagerungstruppen wurden große Plakate angebracht, welche den militärischen Soldaten mitteilten, dass Abd-el-Krim einen Belagerungsfest gegen die Franzosen führt. Handzettel gleicher Inhalte wurden unter die Marokkaner verteilt. Die Militärsiedebude ist sofort Haussuchungen bei den Kommunisten vornehmen lassen. Die Haussuchungen blieben ohne Erfolg.

